

Sehr geehrte Ratsabgeordnete,

Ihnen wird am kommenden Donnerstag der Antrag zur Auslage des B-Plan-Entwurfes zu Möbel Kraft zum

Beschluss vorgelegt.

Dem voraus gegangen ist der 1. Teil der Öffentlichkeitsbeteiligung. Die dabei eingegangenen Einwände von Handels- und Umweltverbänden, Umlandgemeinden und Kieler BürgerInnen sind dabei in den vorgeschriebenen Abwägungsprozess eingegangen, die Entgegnungen darauf wurden, dem Wortlaut zufolge, zumeist von den Gutachtern der Fachgutachten verfasst. Entsprechend werden praktisch alle Einwände mit Verweis auf die Rechtskonformität des Vorhabens abgelehnt.

Die Stadtverwaltung Kiels jedoch, die ja immerhin von den Kieler BürgerInnen und Handelstreibenden finanziert wird, sollte in einem Abwägungsprozess, der diesen Namen auch verdient, diese sehr einseitige Linie verlassen können und Kompromissfähigkeit für die Anliegen sowohl des Investors als auch der BürgerInnen zeigen.

Dies ist jedoch gar nicht geschehen.

Beispielhaft wollen wir 2 Kritikpunkte herausgreifen, die entsprechend abgelehnt wurden:

1. Der Einzelhandelsverband Nord kritisiert die Beschränkung der zentrenrelevanten Sortimente nur auf 10% als deutliche Bedrohung einer keineswegs (wie im Gutachten geschilderten) wirtschaftlich gesunden Innenstadt. (Die Gutachter selber schlagen als mögliche Alternative zu einer 10%-Begrenzung eine zukunftsgerichtete Begrenzung auf 7% vor, selbst unter der Einschätzung, die Innenstadt wäre zur Zeit als gesund zu betrachten).

2. Der Flächenverbrauch ist exakt bei über 7.8 ha überbauter Fläche stehen geblieben, die überplante Fläche für das Bauvorhaben (d.h. ohne Ausgleichsflächen, aber incl. Regenrückhaltebecken, Wiesen zwischen Straßen) ist ebenso identisch geblieben. Damit entspricht der Bebauungsplan 100%ig dem Siegerentwurf des Architekturwettbewerbes, der bereits im Herbst 2012, also vor Kenntnis der Gutachten, vor dem Bürgerbegehren, bzw. Bürgerentscheid, und vor der Öffentlichkeitsbeteiligung feststand.

Wir bitten Sie daher, als Teil der Bürgervertretung und Selbstverwaltung dafür zu sorgen, dass die im nun beginnenden 2. Teil der Öffentlichkeitsbeteiligung gemachten Vorschläge und Einwände zumindest teilweise Berücksichtigung im endgültigen Bebauungsplan finden. Es muss endlich eine tatsächliche Bürgerbeteiligung stattfinden.

Die BUND-Kreisgruppe Kiel ist gern dazu bereit, realistische Kompromissmöglichkeiten in Bezug auf Flächenverbrauch in Ihrer Fraktion vorzustellen. Ebenso hätten wir realisierbare Vorschläge für deutlich ortsnähere Ausgleichsflächen, die auf dem Kieler Stadtgebiet liegen anstatt in den Umlandgemeinden.

Mit freundlichen Grüßen

Ulrike Hunold und Uwe Kern für die BUND-Kreisgruppe Kiel